

Johannes Fischer

Israelbezogener Antisemitismus?

Im Jahr 1964, noch in meiner Schulzeit, wurde ich von einer jüdischen Familie nach England eingeladen. Sie hatte sich ein privates europäisches Friedensprojekt zur Aufgabe gemacht und lud jeden Sommer Kinder und Jugendliche aus Frankreich und Deutschland zu sich ein, die im Alter ihrer eigenen Kinder waren. Es ist in meiner Erinnerung eine eindrucksvolle Familie gewesen, die meinen politischen Horizont in diesen 14 Tagen enorm geweitet hat. Die Eltern waren in der Labour Party aktiv und auch sonst in sozialen Projekten engagiert. Sie hatten ein weitaus entspannteres Verhältnis zur Sowjetunion, als ich dies aus meiner Familie und dem im Kalten Krieg erstarrten Deutschland kannte. Das hing auch damit zusammen, dass es aus der Vorkriegszeit Wurzeln dieser Familie in Odessa gab. Die dortige Verwandtschaft war im Holocaust umgekommen. Eines Tages wollte die älteste Tochter die Großmutter in ihrem Altenheim besuchen. Sie fragte mich, ob ich mitkommen wolle. Als wir dort angekommen waren, bat sie mich, einen Augenblick zu warten. Sie müsse erst die Großmutter fragen, ob ich mitkommen könne. Dann kam sie zurück und sagte mir, dass die Großmutter mich nicht sehen wolle. Sie wolle keinen Deutschen sehen. Es war das erste Mal in meinem Leben, dass ich in dieser Weise mit meinem Deutschsein konfrontiert worden bin. Meine Eltern hatten uns Kindern früh von der Zeit des Nationalsozialismus und vom Krieg und Holocaust erzählt. Ich habe deshalb die abschlägige Antwort der Großmutter nachvollziehen können. Aber sie hat mich dennoch getroffen. Ich habe noch viele Jahre danach eine große Unsicherheit in mir gespürt, wie ich als Deutscher Juden gegenüber treten kann. Es gab ja in meiner Jugend, abgesehen von dieser Familie in England, keine Juden in meinem Lebensumfeld. Sie waren nur als Abwesende gegenwärtig in den Erzählungen von ihnen, und auf diesen Erzählungen lag das schreckliche Dunkel der deutschen Geschichte.

Ich erzähle dies aufgrund eines Artikels in der FAZ vom 26. Januar 2024. Darin wird berichtet, dass die antisemitischen Straftaten seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober drastisch zugenommen haben. Ausführlich wird der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, zitiert. Er diagnostiziert einen bis tief in die Mitte der Gesellschaft reichenden israelbezogenen Antisemitismus und beruft sich dafür auf die jüngste Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Danach haben 18 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt: „Die Juden sind an ihrer Verfolgung selbst schuld.“ Feix Klein wird dann in indirekter Rede wie folgt zitiert: „Bringe man aber Israel ins Spiel, lasse die Aussage inhaltlich jedoch fast

gleich, steige die Zustimmung enorm: 39 Prozent der Befragten finden, bei der Politik Israels könne man verstehen, dass man etwas gegen Juden hat – nicht gegen israelische Politik, sondern gegen Juden.“

Ist das ein Beweis für Antisemitismus? Jene betagte Frau in dem Altenheim in England wollte mich, einen Deutschen, nicht sehen nach allem, was Deutsche ihrer Familie angetan haben. Für sie war das Wort ‚deutsch‘ untrennbar mit diesen Taten verbunden. Für viele Ukrainer wird noch lange das Wort ‚Russe‘ mit den Entsetzlichkeiten verbunden sein, die der gegenwärtige Krieg über die Ukraine gebracht hat. Vermutlich würde eine Umfrage auch in Deutschland ergeben, dass ein hoher Prozentsatz der Aussage zustimmt, angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine könne man verstehen, wenn man etwas gegen Russen hat – nicht gegen Putin und die dafür Verantwortlichen, sondern gegen Russen (die nach allem, was man weiß, ja auch in ihrer Mehrheit diesen Krieg richtig finden). Würde man in Israel eine entsprechende Umfrage machen, dann würde vermutlich eine große Mehrheit der Aussage zustimmen, angesichts der Anschläge der Hamas vom 7. Oktober sei es zu verstehen, wenn man etwas gegen Palästinenser hat – nicht gegen die Hamas, sondern gegen Palästinenser. Es ist eine sehr menschliche Reaktion, Untaten, die von Angehörigen eines Volkes an einem anderen Volk begangen werden, mit dem Tätervolk zu identifizieren, so dass dann jeder Angehörige dieses Volkes als zu den Tätern gehörig wahrgenommen wird. Der Staat Israel und seine Regierung repräsentieren nun einmal das jüdische Volk – zumal als „jüdischer Staat“ –, und so fällt die Politik dieser Regierung und dieses Staates gegenüber den Palästinensern auf das Volk zurück, das diese Regierung gewählt hat und in dessen Namen diese handelt.

Mit Antisemitismus hat das nichts zu tun. Daher ist es auch falsch, Moslems in Deutschland, die auf Demonstrationen gegen das protestieren, was „die Juden“ den Palästinensern im Gazastreifen und im Westjordanland antun, pauschal des israelbezogenen Antisemitismus zu bezichtigen. Antisemitismus läge nur dann vor, wenn sie gegen Juden sind nicht wegen der Politik des Staates Israel, sondern deshalb, weil sie Juden sind. Man hat wieder einmal den Eindruck, dass der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung auf der Suche nach Belegen für seine These eines bis in die Mitte der Gesellschaft reichenden israelbezogenen Antisemitismus nach jedem Strohalm greift.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei noch dies hinzugefügt: ‚verstehen‘ ist etwas anderes als ‚billigen‘. Man kann verstehen, wenn angesichts dessen, was in Ostjerusalem, im

Westjordanland und im Gazastreifen geschieht, Palästinenser etwas gegen Juden haben. Man kann dies verstehen, ohne es zu billigen. Zu wirklichem Frieden wird es nur kommen, wenn Stereotype wie „die Palästinenser“ oder „die Juden“ auf beiden Seiten überwunden werden. Was gegenwärtig passiert, läuft freilich darauf hinaus, dass die Stereotype noch mehr verfestigt werden. Doch darf man die Hoffnung nicht aufgeben. Was zwischen Deutschland und Frankreich nach 1945 möglich war: Vielleicht wird es auch einmal im Nahen Osten möglich sein. Jene jüdische Familie in England ist mir im Blick auf solche Friedensarbeit bis heute ein Vorbild.